

INFU-DISKUSSIONSBEITRÄGE 29/06

ISSN 1436- 4202

Partizipation, Kooperation und nachhaltige Entwicklung
Arbeitsprogramm: Forschung, Lehre, Transfer

Harald Heinrichs
Heiko Grunenberg
Katina Kuhn
Imme Petersen
Meinfried Striegnitz
Melanie Weber

Lüneburg, Juni 2006

INFU
Universität Lüneburg
Institut für Umweltkommunikation
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Scharnhorststr. 1
Tel.: 04131/677 2802
Fax.: 04131/677 2819

Redaktion:
Dr. Maik Adomßent
Matthias Barth
Dr. Jasmin Godemann
Anika Kurrat
Dr. Imme Petersen

Zusammenfassung

Im vorliegenden INFU-Diskussionsbeitrag stellen wir das Arbeitsprogramm des Arbeitsbereichs „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ am Institut für Umweltkommunikation vor. Zunächst skizzieren wir die Ausgangspunkte für unsere Aktivitäten in Forschung, Lehre und Transfer. Dabei knüpfen wir an Analysen an, die darauf verweisen, dass sozialer Wandel und globale (Umwelt-) Veränderungen in den vergangenen Jahren zu einer verstärkten Diskussion über Partizipation und Kooperation als gesellschaftliche (Selbst-) Organisationsmechanismen zur Gestaltung nachhaltiger Entwicklung geführt haben. Anschließend stellen wir unser Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre vor. Wir erläutern unsere Aktivitäten in den Bereichen Forschung, Lehre und Transfer, und blicken auf die Herausforderungen und Ziele, die wir in nächster Zeit in Angriff nehmen wollen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Problemstellung	1
2	Arbeitsprogramm	5
2.1	Forschungsprojekte	7
2.2	Lehre	18
2.3	Transfer	20
3	Ausblick	23
	Literatur	24

1 Einleitung

Im Wintersemester 2004/2005 wurde am Institut für Umweltkommunikation im Fachbereich Umweltwissenschaften der Universität Lüneburg die Juniorprofessur „Participation and Sustainable Development“ eingerichtet und mit Dr. Harald Heinrichs besetzt. Fast zeitgleich kam 2005 Meinfried Striegnitz als Mediationsexperte an das Institut für Umweltkommunikation. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Leiter des ehemaligen Landesamts für Ökologie in Niedersachsen brachte er außerordentlich viel Erfahrung aus der Praxis mit. Es lag nahe, die Kompetenzen zu bündeln und die Chance der Zusammenarbeit zu nutzen. Im Sommer 2005 konnten nach erfolgreicher Einwerbung von Drittmitteln wissenschaftliche Mitarbeiter und studentische Hilfskräfte eingestellt werden. Das Team, das inzwischen aus fünf Wissenschaftlern und vier studentischen Hilfskräften besteht, konstituierte schließlich die Forschungsgruppe „Partizipation, Kooperation und nachhaltige Entwicklung“.

Im Wintersemester 2005/2006 erfuhr das Institut für Umweltkommunikation durch die Besetzung der Professur für Umweltinformatik und Neue Medien durch Dr. Andreas Möller eine erneute Erweiterung. Dieser Ausbau des INFU führte zu einer Reorganisation im Zuge dessen drei eng mit einander verzahnte Arbeitsbereiche etabliert wurden, die durch die Professuren für „Umweltkommunikation“ (Prof. Dr. Gerd Michelsen, Institutsleiter), „Umweltinformatik & Neue Medien“ (Prof. Dr. Andreas Möller), sowie die Juniorprofessur „Partizipation & nachhaltige Entwicklung (Prof. Dr. Harald Heinrichs) vertreten werden.

In diesem INFU-Diskussionsbeitrag wollen wir, das Team des Arbeitsbereichs „Partizipation & nachhaltige Entwicklung“, unser Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre vorstellen. Die Perspektive des Arbeitsbereichs ist vor dem Hintergrund der übergeordneten Rahmenbedingungen der Juniorprofessur zu sehen. Diese ist zum einen inhaltlich durch die Denomination „Participation and Sustainable Development“ bestimmt und zum anderen zeitlich durch die Befristung der Stelle auf drei Jahre bis zur Evaluation und einer möglichen Verlängerung um weitere drei Jahre. Im Folgenden stellen wir die Aufgaben und Ziele des Arbeitsbereichs in den Bereichen Forschung, Lehre und Transfer dar. Zuvor jedoch wollen wir kurz erläutern, warum „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ ein wissenschaftlich wie gesellschaftlich relevantes Themenfeld ist.

1.1 Problemstellung

Partizipation und nachhaltige Entwicklung sind zwei ‚Buzzwords‘, die seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992 eine erstaunliche Karriere gemacht haben. In wissenschaftlichen Essays, politischen Diskussionen und

journalistischen Kommentaren gehören beide Begriffe inzwischen zum Allgemeingut. Ausgehend vom Brundtland-Bericht und der Agenda 21, in der es heißt „... Eine Grundvoraussetzung für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an den Entscheidungsprozessen...“ (BMBU 1992, Agenda 21, Kap. 23, Präambel), sind beide Begriffe in unzähligen Dokumenten und Vorträgen weltweit diskutiert, interpretiert und reformuliert worden. Trotz vielfältiger Ausdeutungen, stehen beide Begriffe für eine gesellschaftliche Zielorientierung, in der eine Optimierung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Tragfähigkeit durch eine breite gesellschaftliche Beteiligung erreicht werden soll. Sie symbolisieren somit eine anleitende Utopie einer zukunftsfähigen Gesellschaft-Umwelt-Interaktion, die nicht mehr (allein) zentral gesteuert werden kann, sondern einer dezentralen Gestaltung unter Einbezug der heterogenen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure sowie der Bürger bedarf.

In welchem Ausmaß Partizipation und nachhaltige Entwicklung inzwischen zu einem (welt-)gesellschaftlichen Thema geworden sind, zeigt exemplarisch eine Stichwort-Recherche in der Internet-Suchmaschine ‚Google‘, die heutzutage als eine bedeutende allgemein zugängliche Informationsquelle betrachtet werden kann. Bei der Recherche nach „Sustainable Development“ und „Public Participation“ sowie als Vergleichsindikatoren „Democracy“ und „Economic Growth“ ergibt sich folgende Rangliste nach Trefferzahlen geordnet (Recherche, 30.01.06): Democracy: 152.000.000; Sustainable Development: 49.800.000; Economic Growth: 44.700.000; Public Participation: 6.070.000.

Auch wenn die Google-Welt sicherlich nicht als Spiegelbild gesellschaftlicher Wirklichkeit angesehen werden kann, so kann das Ergebnis doch als Hinweis auf die relative gesellschaftliche Relevanz von Themen gedeutet werden. Besonders interessant ist dabei die hohe Anzahl von Treffern für „Sustainable Development“, die sogar höher ist als bei „Economic Growth“. Und selbst wenn man bei Partizipation die Recherche nur auf „Public Participation“, also Öffentlichkeitsbeteiligung, beschränkt, erhält man ebenfalls eine enorme Trefferzahl.

Partizipation und nachhaltige Entwicklung sind aber nicht (mehr) nur Begriffe in Diskursen und Dokumenten der gesellschaftlichen Kommunikationspraxis, sie sind inzwischen auch in der konkreten gesellschaftlichen Handlungspraxis relevant. So hat es diesbezüglich in den vergangenen Jahren in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen institutionelle und prozedurale Innovationen gegeben: Beispielsweise gibt es Nachhaltigkeitsabteilungen und eine Professionalisierung von Stakeholder-Dialogen in der Wirtschaft, Nachhaltigkeitsreferenten bei Parteien und anderen politischen Einrichtungen, die Europäische Union und viele Nationalstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verfügen über förmlich verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategien, es gibt

Forschungsprogramme zur nachhaltigen Entwicklung, es gab und gibt zahlreiche Partizipationsaktivitäten im Kontext von lokalen Agenda-21 Prozessen, eine stärkere Öffnung und Kooperationsorientierung internationaler Organisationen wie der EU oder der UN hin zur Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, und viele weitere substantielle Aktivitäten in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Bürgergesellschaft.

Diese Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven und Aktivitäten scheint durch eine weit geteilte Problemwahrnehmung seit den 90er Jahren vorangetrieben zu werden: Die Dynamik sozialer und biophysikalischer Veränderungen – angetrieben durch Globalisierung und globale Umweltveränderungen – erfordert eine bewusstere Orientierung auf interdependente und zeitlich-räumlich distanzierte Effekte (Nachhaltigkeit) (s. Abb. 1). Dazu erscheinen neue Kommunikationsformen für die kollektive Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Gestaltung (Partizipation) als notwendig.



Abb. 1 (Heinrichs 2005 in Feindt / Newig)

Drei Entwicklungen sind für diese Problemkonstellation aus unserer Sicht grundlegend:

Zunahme sozialer und sachlicher Komplexität

Die durch Kommunikations-, Verkehrs-, Finanz- und Güterströme vernetzte transnationale Weltgesellschaft, in der wir heute leben, ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Wissens-, Werte- und Interessenpluralismus, weit reichender kultureller Heterogenität trotz universalisierenden Globalisierungstendenzen, einer dynamischen Wissenschafts- und

Technikentwicklung sowie globalen Umweltveränderungen wie beispielsweise dem Klimawandel. Die durch menschliche Kreativität und Expansion technischer Fähigkeiten weit vorgeschrittene Umweltnutzung und –gestaltung hat zwar einerseits Denk-, Handlungs- und Konsummöglichkeiten enorm erweitert, andererseits aber unerwartete Neben- und Spätfolgen sowie neue Risiken mitproduziert (McNeill 2003; Steffen et al. 2004).

Diese Entwicklungen, die sich unter Bedingungen ungleich verteilter Macht-, Einfluss- und Ressourcenpotentiale entfalten, evozieren eine enorme soziale und sachliche Komplexität, die kollektive Gestaltungsprozesse vor besondere Herausforderungen stellt.

Defizite traditioneller Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse

Mit Blick auf marktwirtschaftliche strukturierte Demokratien haben politikwissenschaftliche Analysen zum Staatsversagen in unterschiedlichen Politikfeldern einerseits und sozialwissenschaftliche Analysen zur gesellschaftlichen Differenzierung und Pluralisierung andererseits in den vergangenen Jahren Defizite kollektiver Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse zur Bewältigung der komplexen sozio-materiellen Problemlagen aufgezeigt (Gerlach 1996; Bohmann 1996). Herkömmliche gesellschaftliche (Selbst-)Organisationsmechanismen wie politischer Wettbewerb der Meinungen, hierarchische Instrumente wie Gesetze, Ge- und Verbote, ökonomische Marktmechanismen oder erzieherisch-informative Ansätze erscheinen als nicht mehr ausreichend, um die weit reichenden Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu ermöglichen (Knaus, Renn 1998). Die dafür notwendigen Such-, Lern- und Gestaltungsprozesse, die durch kognitive Unsicherheit (prinzipielle Grenzen des Risiko-, Prognose-, Simulations- und Szenario-Wissens) und normative Ambivalenz (Werte, Interessenpluralismus) gekennzeichnet sind, erfordern demzufolge dezentrale (Selbst-)Verständigungsprozesse zwischen heterogenen Akteurkreisen zur Ermöglichung kooperativer Zukunftsgestaltung.

Einsatz von Partizipations- und Kooperationsverfahren

Ab Anfang der 1970er Jahren hat im Zuge der allgemeinen Diskussionen zur Demokratisierung der Demokratie in verschiedenen wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Zusammenhängen die Entwicklung und Erprobung von so genannten Partizipations- und Kooperationsverfahren begonnen (vgl. Rucht 1997, Abels 2004). In Planung und Verwaltung, Entwicklungszusammenarbeit, Technikfolgenabschätzung oder in sozialen Bewegungen wurden beteiligungsorientierte Ansätze und Methoden entwickelt, wie z.B. Konsensus-Konferenz, Planungszelle, Mediation, Zukunftswerkstatt etc (Baranek, Walk 2005). Seit den 90er Jahren läuft nun international angestoßen durch die Agenda 21 der Vereinten Nationen eine neue Partizipationswelle. Das Spektrum reicht dabei von der

stärkeren Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren (NGO's) an internationalen Konferenzen und Verhandlungen, über erweiterte Informationsrechte von Betroffenen und Bürgern bis hin zur Beteiligung von Interessengruppen und Bürgern in lokalen Agenda-21-Prozessen. Ausgehend vom politischen Raum sind Partizipations- und Kooperationsverfahren inzwischen in verschiedenste Gesellschaftsbereiche diffundiert, um strukturierte kollektive Verständigungs- und Gestaltungsprozesse zu ermöglichen.

Die Zunahme sozialer und sachlicher Komplexität, die Defizite traditioneller Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie der verstärkte Einsatz von Partizipations- und Kooperationsverfahren seit Beginn der 90er Jahre bilden die Ausgangspunkte für unser Arbeitsprogramm.

2 Arbeitsprogramm

Auf der Grundlage der skizzierten Problemdiagnose wollen wir in Forschung, Lehre und Transfer einen Beitrag zum besseren Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation und Kooperation für eine nachhaltige Entwicklung leisten. Dabei kann das Arbeitsprogramm an eine breite Forschungslandschaft anschließen. So gibt es beispielsweise zahlreiche Analysen zur Partizipation im politischen Raum, insbesondere zur Öffentlichkeitsbeteiligung, zur Rolle von Partizipation in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit oder auch zu Stakeholder-Kooperationen in der Wirtschaft (vgl. aktuell: Feindt / Newig 2005; Thermann 2005; Andriof/Waddock 2002). Dabei werden Partizipations- und Kooperationsverfahren sowohl aus der Mikroperspektive analysiert, als auch ihre Relevanz beispielsweise für die politische Entscheidungsfindung diskutiert. Ebenso gibt es inzwischen eine Reihe von Publikationen, die die Themen Partizipation und nachhaltige Entwicklung explizit in Beziehung zueinander setzen (Heinrichs 2005 a,b; Baranek/Walk 2005). Auf diese vielfältigen Erkenntnisse aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen aufbauend, wollen wir uns im Arbeitsprogramm der Frage nähren, inwieweit eine Kultur nachhaltigkeitsorientierter Partizipation und Kooperation erkennbar wird, und wie sie befördert werden kann.

Es geht somit darum, in heterogenen gesellschaftlichen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Bildung etc.) sowie auf den jeweiligen sozialen Handlungsebenen (organisational, lokal, national, international) nachhaltigkeitsorientierte Partizipations- und Kooperationsaktivitäten zu analysieren und übergreifende Muster zu identifizieren. Neben der Analyse und Entwicklung nachhaltigkeitsorientierter Partizipationsverfahren auf mikrosoziologischer Ebene geht es also auch um die Identifikation von Möglichkeiten und Grenzen der institutionellen Einbindung partizipativer Aktivitäten auf der Meso-Ebene und die Beobachtung sozio-materieller Nachhaltigkeitseffekte auf der Makro-Ebene. Ein besonderer

Blick wird auf die Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation und Kooperation zur Verbesserung von Wissenskommunikation, Entscheidungsfindung und Gestaltungsprozessen gelegt. Das folgende Schaubild stellt das Arbeitsprogramm im Überblick dar:

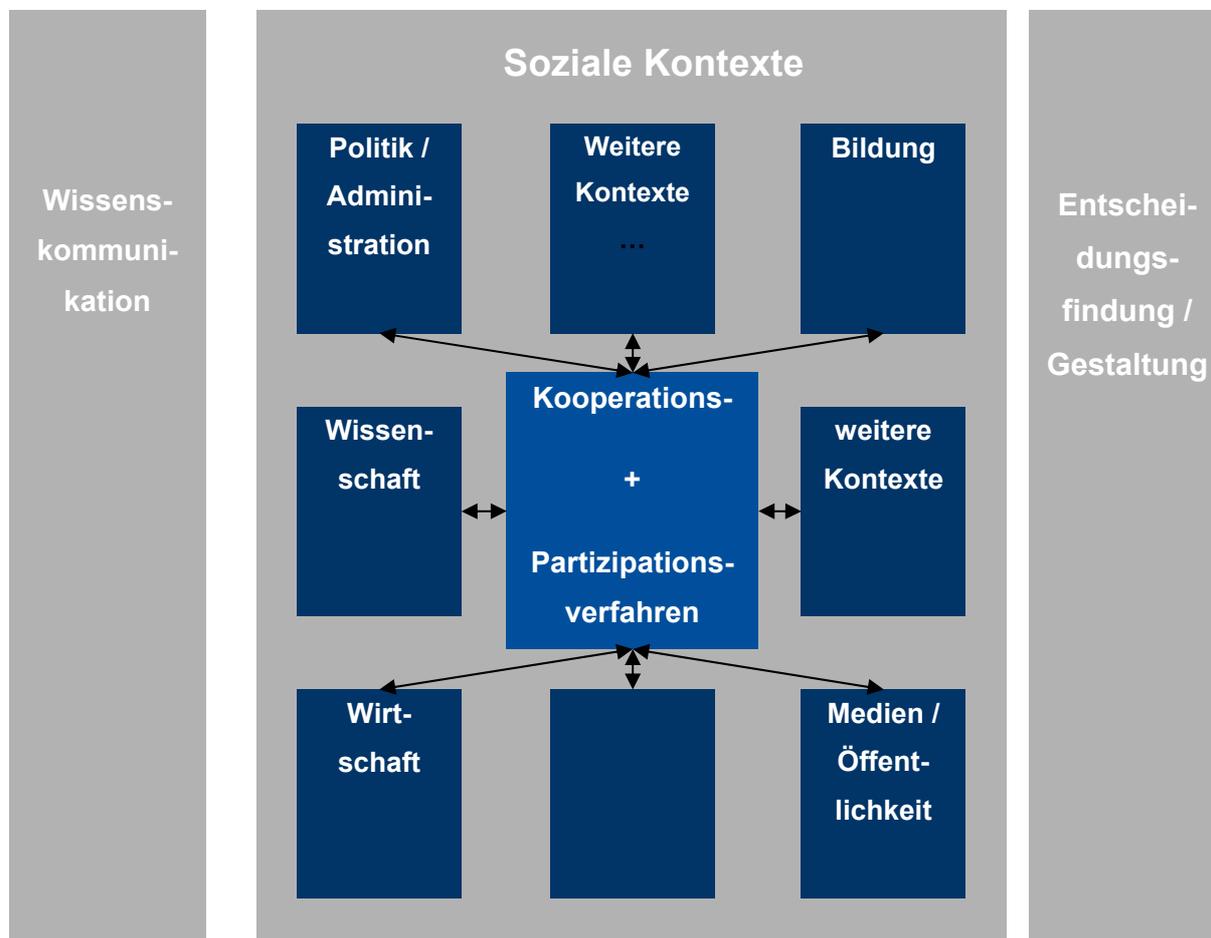


Abb. 2 Handlungsebenen: organisational, lokal, national, international (Heinrichs 2006)

Auf der Basis sozialwissenschaftlicher Umwelt-, Technik-, Kultur- und Kommunikationsforschung zielt das Arbeitsprogramm in disziplinären sowie inter- und transdisziplinären Projekten auf empirische Analysen, Theoriebildung und die Förderung einer Partizipations- und Kooperationskultur. Unser Ansatz folgt also sowohl einem analytisch-deskriptiven als auch einem normativ-präskriptivem Selbstverständnis: einerseits geht es um Verfahrens- und Kontextanalysen; andererseits um Verfahrensentwicklung und –transfer sowie die Vermittlung von Partizipations- und Kooperationskompetenz. Dabei kommen je nach Aufgabenstellung qualitative und quantitative sozialwissenschaftlichen Methoden zum Einsatz. Im Folgenden stellen wir aktuelle Projekte dar und ordnen sie in die übergreifende Forschungsperspektive ein.

2.1 Forschungsprojekte

Risikokultur: Kommunikation und Repräsentation von Risiken am Beispiel extremer Hochwasserereignisse

Das Projekt ist Bestandteil des Projektverbundes „Integriertes Hochwassermanagement in einer individualisierten Gesellschaft (INNIG) das im Rahmen des Forschungsprogramms „Risikomanagement extremer Hochwasserereignisse“ vom BMBF gefördert wird. Das Teilprojekt der Universität Lüneburg untersucht die vorhandene Risikokultur in Hamburg und Bremen, zweier in der Vergangenheit unterschiedlich von Hochwasserereignissen betroffener Gebiete. Zwar sind beide Städte in einer vordergründig ähnlichen geografischen Lage, versetzt ins Landesinnere, den Ausläufen der Tide ausgesetzt und durch Weser und Elbe von weiteren Wasserzuflüssen geprägt. Jedoch hat es geschichtlich betrachtet, in Hamburg schwerere Hochwasserschäden gegeben, die die örtliche Risikokultur geprägt haben.

Wir gehen im Projekt davon aus dass extreme Hochwasserereignisse allgemein eine große Alltagsferne aufweisen. Die Ausbildung und Veränderung von Risikorepräsentationen und damit auch indirekt von Handlungsbereitschaften wird dabei überwiegend durch öffentliche Kommunikation über Risiken und Restrisiken beeinflusst.. Das Teilprojekt „Risikokultur“ möchte dazu beitragen, ein besseres Verständnis von lokalspezifischem Hochwasser-Risikobewusstsein, zur öffentlichen Risikokommunikation über Hochwasser und zur Optimierung von Risikoinformationen zu entwickeln. Dabei stehen zwei Fragen im Vordergrund:

1. Haben unterschiedliche Formen der Kommunikation mit der lokalen Öffentlichkeit unterschiedliche Risikorepräsentationen und Handlungsbereitschaften zur Folge?
2. Wie lässt sich effektiv mit der Bevölkerung über Unsicherheit und Risiken kommunizieren?

Zur Analyse der in den obigen Ausführungen aufgeworfenen Fragen, ist es erforderlich in zwei Richtungen zu arbeiten. Einerseits müssen die Medien in den Blick genommen werden, andererseits müssen die Risikorepräsentation und Handlungsbereitschaft der Bürger Bremens und Hamburgs untersucht werden. Dies möchten wir mit einem dreigeteilten Forschungsdesign durchführen.

1. Medienberichterstattung

Als Indikator für die Medienberichterstattung haben wir uns ausschließlich auf Zeitungen beschränkt. Aus allen thematisch relevanten Artikeln der größten

Zeitungen der Jahre 2000 bis 2004 wurde per Zufall jeweils ein Tag pro Woche ausgewählt, dessen Artikel in die Analyse einbezogen werden. Auf diesem Wege haben wir 950 hochwasserbezogene Artikel gefunden, die mit den Analyseprogrammen MAXqda und MAXdictio inhaltsanalytisch analysiert werden.

2. Bürgerbefragung

Um die Risikorepräsentationen und Handlungsbereitschaften der Bürger in Hamburg und Bremen zu untersuchen, werden an beiden Orten jeweils 400 repräsentativ ausgewählte Personen befragt, die in potenziell durch Hochwasser bedrohten Stadtgebieten wohnen. Die Fragebogeninhalte sind unter Anderem: Beurteilungen von Hochwasserrisiken; Verbindung zum Klimawandel; politische Partizipation und bürgerschaftlicher Selbstschutz; soziodemografische Daten.

3. Fokusgruppen

In vier Fokusgruppen werden verschiedene Bevölkerungsgruppen hinsichtlich ihres Umgangs mit wissenschaftlich orientierten Informationsangeboten über Risiken untersucht. Dabei sind neben dem im Verbundprojekt entwickelten Prototyp eines Informationssystems verschiedene weitere Möglichkeiten wie Partizipationsmethoden, Handzettel, Medienberichte etc. zu testen.

Mit diesem Untersuchungsansatz leistet das Projekt „Risikokultur“ drei Beiträge zum Forschungsprogramm „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“:

- 1) Erkenntnisse zur Bedeutung medial strukturierter öffentlicher Kommunikation als Partizipationsvoraussetzung bei alltagsfernen Umweltproblemen
- 2) Erkenntnisse zum Hochwasser-bezogenen Risiko- und Nachhaltigkeitsbewusstsein und zur Einstellung der Bürger zur Partizipation und Eigeninitiative
- 3) Erkenntnisse zur Relevanz von Partizipationsverfahren als Informations- und Mitwirkungsmöglichkeit zum nachhaltigen Hochwasserrisikomanagement.

Medien und politische Entscheidung

Das Projekt ist Teil des Forschungsvorhabens „Wissen für Entscheidungsprozesse: Integration wissenschaftlicher Expertise in medienvermittelte öffentliche Diskurse (INWEDIS), dass im Rahmen der BMBF-Förderinitiative zur Wissenschaftsforschung unter der Leitung von Hans Peter Peters am Forschungszentrum Jülich durchgeführt wird.

Hoch spezialisiertes Wissen in politische Entscheidungsprozesse zu integrieren, ist eine der zentralen Herausforderungen in modernen Wissensgesellschaften. Politische

Entscheidungsträger suchen den Zugang zu wissenschaftlicher Expertise, um politische Entscheidungen rational zu begründen und damit die Schlagkraft ihrer Politik zu erhöhen. Deswegen hat sich ein elaboriertes System wissenschaftlicher Politikberatung entwickelt, das in Anhörungen und Gutachten den politischen Entscheidungsträgern Argumente und Lösungsvorschläge offeriert (s. z.B. Heinrichs 2002, Glynn 2001, Halliwell 1999, Renn 1995).

Aber auch Tageszeitungen, Magazine sowie Radio- und Fernsehsendungen berichten über neue Forschungsergebnisse, diskutieren ethische Standpunkte und fordern politische Initiative ein. Durch ihre Berichterstattung strukturieren Massenmedien in erheblichem Maß gesellschaftliche Kommunikationsprozesse über wissenschaftliche Forschung. Medien machen Informationen öffentlich und machen sie damit frei zugänglich.

Wer in den Medien auftreten kann, bestimmen die Medien allerdings selbst. Dies gilt für Vertreter und Vertreterinnen aus der breiten Öffentlichkeit wie aus der Wissenschaft. Auch in wissenschaftsbasierten Themen gelten die medialen Regeln der Berichterstattung, was als neu, interessant, kurz als berichtenswert bewertet wird (Kohring 1997). Die Medien folgen dabei ihrer eigenen Logik: Sie wählen Informationen nach ihrer Tagesaktualität aus, reduzieren ihre zunehmende Komplexität und rekontextualisieren die selektierten und reduzierten Informationen zu einem öffentlich konstruierten (und dadurch zumeist polarisierten) Diskurs.

Die hier angedeuteten Strukturbedingungen des Mediensystems sowie die inhaltliche Fokussierung des Medienangebots sind in der Kommunikationswissenschaft gut kommentiert. Die Forschung zur politischen Kommunikation hat bislang ausführlich die Frage beleuchtet, wie Politiker und Politikerinnen sich auf die Spielregeln der Medien einlassen, um ihre politischen Botschaften über die Medien vermitteln zu können (s. z.B. Jarren/Donges 2002). Kaum untersucht ist dagegen, welche Bedeutung die Medienberichterstattung für politische Entscheidungen hat. Zu diese Forschungslücke wollen wir mit diesem Projekt einen Beitrag leisten. An den Fallbeispielen „Stammzellforschung“ und „Public Health“ wird untersucht, wie Entscheidungsträger in Politik und Administration die Medienberichterstattung nutzen und verarbeiten. Studien (Pfetsch 2000; Herzog 1990: 74; Puhe / Würzburg 1989: 40, Harmgarth 1997) belegen, dass Politiker und Politikerinnen die Medien sehr intensiv, aber spezifisch nutzen. Dabei spielen die überregionalen Tageszeitungen, einschlägige Lokalzeitungen und Nachrichtenmagazine eine wichtige, Funk und Fernsehen dagegen nur eine absolut untergeordnete Rolle.

Vor diesem Hintergrund vermuten wir, dass Massenmedien trotz der zunehmenden Professionalisierung der Politikberatung gerade in hoch komplexen und stark polarisierten wissenschaftsbasierten Themen eine wichtige Rolle im politischen Entscheidungsprozess

spielen. Der Fokus liegt deshalb auf der Frage, welche Bedeutung medial kommunizierte wissenschaftliche Erkenntnisse für politische Entscheidungsfindung haben.

Da Kommunikationsprozesse der Medienbeobachtung und -nutzung mit standardisierten quantitativen Verfahren (wie z.B. mit repräsentativen Elitenbefragungen) schwer zugänglich sind, haben wir ein exploratives Verfahren gewählt: Wir führen Leitfadenterviews mit rund 40 politischen Entscheidungsträgern aus den Themenfeldern „Stammzellforschung“ und „Public Health“. Die respektiven Interviewpartner sind staatspolitische Akteure aus Legislative und Exekutive sowie semipolitische Akteure aus Behörden, Parteien und Verbänden. Die Interviewpartner wählten wir über ein „theoretical sample“ gezielt aus (u.a. aus parlamentarischen Ausschüssen des Deutschen Bundestages, Bundesministerien, Bundeskanzleramt, Bundespresseamt, Parteien, Interessenverbände).¹ Die klassische Form des Leitfaden-Interviews wird durch einen quasi experimentellen Teil ergänzt. Die Interviewpartner und Partnerinnen lesen während des Gesprächs drei ausgewählte Artikel aus ihrem Themengebiet. Anschließend werden sie nach der Wirkung solcher Artikel sowie deren Relevanz für ihre eigene politische Arbeit befragt.

Mit der Analyse der individuellen Mediennutzung wissen wir aber noch sehr wenig darüber, welche Bedeutung die rezipierten Medieninhalte innerhalb der politischen Institutionen haben. Deshalb werden wir auch die Medienbeobachtung und -verarbeitung in politischen Institutionen aus organisationsbezogener Perspektive analysieren.² Aufgrund der zunehmenden Professionalisierung und dem Ausbau der Presseabteilungen gehen wir davon aus, dass die individuell genutzten Medien in geregelter Form weitergegeben und beispielsweise zu Presseverteilern und -archiven verarbeitet werden. Diese Medienprodukte können auch für die Organisation als Ganzes handlungsrelevant werden.

Kurz zusammengefasst, sollen in den offenen, aber strukturierten Interviews folgende Inhalte thematisiert werden:

- 1) das Informationsverhalten der politischen Akteure,
- 2) die Medienverarbeitung in politischen Institutionen
- 3) die Wahrnehmung und Bewertung von wissenschaftsbasierten Themen in den Medien,

¹ Kriterien für die Auswahl der Gesprächspartner sind unter anderem: die Beteiligung an Entscheidungsprozessen, in denen wissenschaftliche Expertise eine mutmaßliche Rolle spielt; die Beteiligung an der Verarbeitung wissenschaftsbezogener Medienberichte in politischen Institutionen und ein Bezug zum Kontext „Stammzellforschung/Public Health“.

² Analog zum Begriff des Lernens (Wilkesmann 2000: 477) schlägt Helmut Scherer (2002: 135) vor, zwischen „individuellem, kollektivem und organisationalem Rezipieren“ zu unterscheiden.

4) Reaktionen und geschätzte Wirkungen des Mediendiskurses auf das Publikum und andere politischen Akteure.

Die Informationen über die Mediennutzung und -verarbeitung sowie der Vergleich der Deutungsmuster sollen Aufschluss darüber geben, inwieweit medienkommunizierte Informationen für politische Akteure entscheidungsrelevant sind.

Mit Blick auf das Forschungsprogramm „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ erwarten wir, mit dieser bislang kaum beleuchteten Perspektive Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Bedeutung die Medienberichterstattung über abstrakte Wissenschafts-basierte Themen nicht nur als Partizipationsvoraussetzung für die Bevölkerung, sondern insbesondere auch als Kooperationsvoraussetzung für politische und zivilgesellschaftliche Akteure spielt.

Kommunikation, Kooperation, Mediation in umweltpolitischen Konflikten: zur Rolle naturwissenschaftlicher Argumentation

Fallstudie Altlast Sonderabfalldeponie Münchehagen

Vermittlung und Schlichtung sind seit langem wohl etablierte Verfahren der Regulierung von Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. In umweltpolitischen Konflikten wurden Mediationsverfahren zunächst in den USA ab Mitte der siebziger Jahre eingesetzt (Bingham 1986) und unter Bezug auf die dort gemachten positiven Erfahrungen ab Ende der achtziger Jahre auch in der Bundesrepublik Deutschland. Hier waren die ersten förmlichen Verfahren zur Regulierung großer öffentlicher multipolarer Umweltkonflikte der "Münchehagen-Ausschuss" (1990) zu den Konflikten über die Umweltauswirkungen und über geeignete Wege zur Sicherung und Sanierung der ehemalige Sonderabfalldeponie Münchehagen sowie das "Neuss'er Mediationsverfahren" (1991) zur Aufstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Neuss (Fietkau/Weidner 1998). Beide Verfahren sind exponierte Beispiele für eine generelle Änderung im Politikstil der öffentlichen umweltpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland Ende der achtziger Jahre weg von einem eher konfrontativen Umgang der Konfliktparteien miteinander hin zu einer eher kommunikativen und kooperativen Problembearbeitung durch Verwaltung, Wirtschaft, Umweltverbände und Wissenschaft. Diese Entwicklung war wesentlich durch die Erwartung begründet, durch kooperative und mediative Verfahren der Konfliktbearbeitung der Komplexität umweltpolitischer Konfliktlagen besser gerecht werden zu können (Zilleßen 1998: 20). Diese ist in der Regel durch eine Überlagerung wirtschaftlicher, sozialer, politisch-administrativer und nicht zuletzt naturwissenschaftlich-technischer Komplexitäten gekennzeichnet.

In diesem Forschungsprojekt geht es darum, in Form einer Fallstudie den Beitrag des naturwissenschaftlich-technischen Verständnisses zur politisch-gesellschaftlichen Verständigung herauszuarbeiten. Anhand des Konfliktes um die ehemalige Sondermülldeponie Münchehagen soll aufbereitet werden, welche naturwissenschaftlich-technischen Kontroversen bestanden, wie sie bearbeitet wurden, inwieweit sie aufgeklärt und gelöst werden konnten, welchen Beitrag sie leisten konnten zu einer Verständigung über die Beurteilung der Umweltrisiken und zur Entscheidung über die Auswahl geeigneter Sicherungs-, Sanierungs- und Überwachungsmaßnahmen. Dadurch soll untersucht werden, inwieweit wissenschaftliche Expertise einerseits als politische Ressource (Nowotny 1979: 152) zur Durchsetzung von Interessen eingesetzt wurde, andererseits zur Aufklärung von zuvor strittigen Sachverhalten, zum Abbau von Unsicherheit und Nichtwissen, zur Erzeugung intersubjektiv verbindlicher Beurteilungen sowie allgemein akzeptierter Handlungsgrundlagen und damit zu politischen

Verständigungsprozessen beitrug.

Der Gesamtprozess von der Politisierung der Umweltproblematik der ehemalige Sonderabfalldeponie Münchehagen bis zur schließlichen Errichtung der Sicherungsbauwerke erstreckte sich über etwa zwei Jahrzehnte. Dieser lange Zeitraum ist einerseits den wechselseitigen politischen Blockaden in der Problembearbeitung geschuldet, zum anderen aber auch bedingt durch die Zeiterfordernisse für die Durchführung planerischer und technischer Arbeiten. In diesem langen Zeitraum haben sich nicht nur gesellschaftliche Randbedingungen geändert, sondern waren auch die naturwissenschaftlichen Untersuchungsmethoden und Wissensbestände hinsichtlich der Umweltauswirkungen von Altlasten und zu deren Systemverständnis nicht statisch. Sie wurden vielmehr durch die Politisierung der Frage wesentlich vorangetrieben und haben umgekehrt auf die politische Auseinandersetzung teilweise Konflikt verschärfend, teilweise entschärfend zurückgewirkt. Dieser dynamische Charakter der naturwissenschaftlichen Aufklärung soll in seinem Verhältnis zum politischen Prozess untersucht werden.

Die wissenschaftliche Literatur über Umweltmediationsverfahren im deutschen politischen Kontext konzentriert sich neben grundsätzlichen staats- und demokratietheoretischen Arbeiten bisher wesentlich auf die Untersuchung von internen Prozessgestaltungen und Verfahrensabläufen, demgegenüber liegen bisher nur wenige Untersuchungen vor über die Wechselwirkungen zwischen Umweltmediationsverfahren und ihrer politisch-administrativen Umwelt (Geis 2005: 25): wie, warum und gegen welche Widerstände werden solche Verfahren im Kontext traditioneller Verwaltungszuständigkeiten überhaupt in Gang gesetzt? Wie entwickeln sich welche Wechselwirkungen zwischen Prozessen innerhalb des Verfahrens und außerhalb des Verfahrens in der Öffentlichkeit und in den zuständigen

Verwaltungen? Wie und mit welchen Widerständen werden im Verfahren erzielte Empfehlungen und Ergebnisse von der politischen Öffentlichkeit aufgenommen, von den zuständigen Verwaltungen implementiert, und wie wird diese Umsetzung überwacht, gegebenenfalls korrigiert und unter veränderten Randbedingungen fortentwickelt?

Darüber hinaus gibt es bisher kaum Studien, in denen derartig langwierige Umweltverhandlungsverfahren untersucht worden sind. Obwohl die Teilnehmer des Münchener-Verfahrens wiederholt Klage über den hohen damit verbundenen Aufwand führten, haben sich doch alle Parteien immer wieder für den kooperativen Weg der Problembearbeitung ausgesprochen. Strukturen und Modalitäten der Kooperation wurden im Laufe der Zeit geändert. Gründe und Erwartungen für diese Veränderungen, und auch für Nicht-Veränderungen in anderen Zeitabschnitten, und deren jeweilige Auswirkungen sollen untersucht werden.

Im Rahmen des Forschungsprogramms "Partizipation, Kooperation und nachhaltige Entwicklung" leistet das Projekt "Mediation in umweltpolitischen Konflikten" insbesondere Beiträge zum besseren Verständnis folgender Aspekte:

- Rolle und Tragweite naturwissenschaftlich-technischer Expertise und Argumentation in umweltpolitischen Konflikten
 - zum fachlichen Verständnis und
 - zur politischen Verständigung
- Funktion veränderlicher Wissensbestände auf die Konflikt- und Verständigungsdynamik
- Wechselwirkungen und Rückkopplung zwischen fachlichen und politischen Verständigungsprozessen innerhalb von Mediationsverfahren mit der gesellschaftlichen, politischen und administrativen Umwelt dieser Verfahren und den letztlich dort angesiedelten Entscheidungsprozessen.

Klimadiskurs und Klimabewusstsein

Der Klimawandel wird gemäß Repräsentativstudien in der Bevölkerung westlicher Industrieländern zunehmend als eine der größten Umweltgefahren weltweit wahrgenommen (Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt 2004; European Commission 2005). Gleichzeitig zeigen globale Treibhausgasstudien (UNFCCC 2005), dass sich hinsichtlich des Verbrauchs fossiler und dadurch klimaschädlicher Energieressourcen, der den Anstieg der globalen Mitteltemperatur hauptsächlich verursacht, keine Trendwende vollzieht. Im Gegenteil: Die Prognosen vor allem in Industrieländern, aber auch in wirtschaftlich wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländern, zeigen, dass das Zurückdrängen eines

anthropogen verursachten Klimawandels unwahrscheinlich ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich aus sozialwissenschaftlicher Sicht die Frage, mit welchen individuellen Voraussetzungen der globale Klimawandel in der „Laien“-Bevölkerung wahrgenommen wird, und ob und wie sich hieraus ein Klimabewusstsein bildet, welches sich dann in konkreten Einstellungen und Handlungsintentionen manifestiert. Dieser zentralen Fragestellung wird in der sozialwissenschaftlichen Dissertation mit dem Titel "Globaler Klimawandel und Alltagshandeln. Eine empirische Untersuchung der individuellen Wahrnehmung, Bewusstseinsbildung und Verhaltensintention beim Klimaschutz" nachgegangen. Sie knüpft dabei an wichtige Ergebnisse der Umweltbewusstseinsforschung (u. a. Diekmann und Preisendörfer 1992; Fuhrer 1995; de Haan und Kuckartz 1996; de Haan und Kuckartz 1998; Kuckartz 2002) ebenso an wie an theoretische Diskurse zur Risiko- und Gefahrenwahrnehmung (u. a. Douglas und Wildavsky 1982; Beck 1986; Luhmann 1986; Luhmann 1990; Bechmann 1996; Karger 1996).

In dem Promotionsvorhaben werden Alltagsbilder zum Klimawandel analysiert. Es wird untersucht, wie anthropogener Klimawandel und Klimapolitik von „Laien“ im Handlungsfeld Klimawandel und Klimapolitik wahrgenommen werden. Dabei werden die nationalen klimapolitischen Strategien, Maßnahmen und Ziele, die im Rahmen der internationalen Vorgaben umgesetzt werden, berücksichtigt.

Die zentralen Forschungsfragen sind: Welche Faktoren beeinflussen individuelles Klimabewusstsein und klimabewusstes Verhalten? Inwieweit hängt die Wahrnehmung des Klimawandels mit Medien-vermittelten Diskursen zusammen? Und welches Handlungspotential lässt sich hieraus ableiten?

Berücksichtigt wird also auch der spezifische Klimadiskurs (Weingart, Engels et al. 2002). Hierzu gehören nicht nur die komplexen Zusammenhänge zwischen Ursachen und Folgen (Verursacher-Betroffenen-Problematik und Gerechtigkeitsaspekte), regional unterschiedliche Auswirkungen (insbesondere Nord-Süd-Unterschiede) und der Verlauf des wissenschaftlichen Klimadiskurses (der mit zunehmend genaueren und überzeugenderen Nachweisen über den anthropogenen Klimawandel auch den politischen Diskurs determiniert). Auch die mediale Kommunikation spielt eine Rolle. Individuelle Klimawahrnehmung wird sowohl von den komplexen Zusammenhängen als auch davon beeinflusst, dass „Laien“ den Unterschied zwischen ‚natürlichen‘ und anthropogen verursachten Folgen von Klimawandel (Zunahme der Wetterextreme wie Stürme, Dürren, Überschwemmungen, Rückgang der Biodiversität) nicht ohne Übersetzungshilfe wahrnehmen können.

So eröffnet sich für Medien und andere (Interessen-geleitete) Akteure im Kommunikationsprozess Raum für Problemkonstruktionen und –deutungen, die sich wiederum im Rückkopplungsprozess in der öffentlichen Wahrnehmung der Bevölkerung reproduzieren.

Die Laienwahrnehmung des Klimawandels wird demnach von individuellen (sozialstrukturellen) Faktoren ebenso beeinflusst wie vom medial vermittelten Klimadiskurs. Mit Blick auf die eingangs genannten Ergebnisse der Repräsentativstudien (hohe Klimaproblemwahrnehmung in der Bevölkerung) wird die These aufgestellt, dass der anthropogene Klimawandel als Metapher für eine globale Umweltgefahr wahrgenommen wird, was sowohl Einfluss auf umweltbewusste Einstellungen als auch auf die Handlungsintention hat. Dieses Verhältnis zwischen Problemwahrnehmung und Klimaschutzverhalten (bzw. Handlungsintention) steht im Mittelpunkt der Dissertation. Im empirischen Teil werden quantitative und qualitative Verfahren (multivariate Auswertung von Repräsentativsurveys und qualitative Auswertung von Einzelinterviews) angewendet. Die Untersuchungsregion ist die Bundesrepublik Deutschland.

Die zu erwartenden Ergebnisse der Dissertation leisten einen Beitrag zum besseren Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen der Medienkommunikation als einer wichtigen Voraussetzung der Bürger zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Klimaschutz.

Imagining Culture and Environment – Doing Sustainability? Untersuchung der Wechselbeziehung gesellschaftlicher Kultur- und Umweltwahrnehmungen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hat das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung längst Einzug gehalten: häufig ist dabei die Einsicht in den Zusammenhang von gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und Umweltzerstörung von der Auffassung getragen, dass nachhaltige Entwicklung kulturell verschiedene Wertvorstellungen und Handlungsorientierungen mitberücksichtigen muss. Jedenfalls lautet es so in Programmen, Broschüren und Leitbilddefinitionen der entwicklungspolitischen Organisationen. Das Vorhaben, diesen programmatischen Ansprüchen der EZ in der entwicklungspolitischen Praxis auf den Grund zu gehen, benennt den Ausgangspunkt für dieses Dissertationsprojekt. Die Perspektive aus der die Analyse nachhaltigkeitsorientierter Partizipations- und Kooperationsaktivitäten im Feld der EZ durchgeführt werden soll, richtet sich dabei vor allem auf die *Interkulturalität* von Entwicklungspraxis. Dabei ist die These, dass verschiedene Vorstellungen von Kultur und kulturellem Wandel mit unterschiedlichen sozio-kulturellen Herkünften und Verhältnissen verwoben sind, denen ebenso unterschiedliche Vorstellungen von Natur und Umwelt entspringen, richtungsweisend für den

Gang meiner Untersuchung. Soziale und kulturelle Wahrnehmungsdifferenzen explorativ zu erkunden, potenzielle Korrelationen zwischen spezifischen Natur- und Kulturbildern zu ermitteln und vor die normative Referenzfläche einer nachhaltiger Lebenspraxis zu halten, sind deshalb die Zielsetzungen dieser Arbeit.

In der theoretischen und analytischen Bearbeitung dieser Zielsetzungen, werden deshalb umwelt- und kultursoziologische mit kulturtheoretischen Ansätzen verknüpft. Der Rückgriff auf die „ways of life“-Typologie der Cultural Theory, in der bestimmten Lebensformen, sozialen Beziehungen und Institutionen korrespondierende Naturvorstellungen und Risikowahrnehmungen zugeordnet werden (Schwarz/Thompson 1990) erlaubt, der seit den 1990ern zu beobachtenden umweltpolitischen Prioritätensetzung der internationalen EZ Rechnung zu tragen. Konflikte zwischen in umweltbezogenen Entwicklungsprojekten involvierten Akteursgruppen erschließen sich demzufolge erst aus der kulturellen Perspektive des jeweiligen Betrachters. Sie bestimmt, was Menschen als signifikanten Schaden an der Umwelt bewerten, worauf sie ihr Augenmerk legen, bei welchem Objekt sie Angst oder Gleichgültigkeit zeigen, an welche Stelle sie vordringlichen Handlungsbedarf sehen (Renn 1996). Der Ansatz der Cultural Theory bietet somit die Möglichkeit, die faktische Pluralität von Natur- und Umweltvorstellungen im konkreten Kontext der EZ anzuerkennen und forciert die Artikulation normalerweise unausgesprochener Wertvorstellungen und Handlungsorientierungen. In Anerkennung der Verquickung von globaler Umwelt-, Entwicklungs- und Kulturkrise, insbesondere vor dem Hintergrund der vorgestellten kulturellen Krisenszenarien, wird schließlich eine Erweiterung der Cultural Theory um mit den „ways of life“ korrespondierenden „Kulturvorstellungen“ erarbeitet.

Einen Eckpunkt für die empirische Ermittlung milieu- und kulturspezifischer Natur- und Kulturdeutungen bildet der entwicklungspolitische Praxisbereich der Technischen Zusammenarbeit (TZ), der sich vor allem der Entsendung von Fachkräften widmet. Die personelle Hilfe stellt einen der sensibelsten Bereiche der EZ dar und ist bis heute immer wieder kontroversen Diskussionen ausgesetzt.³ Die Zusammenkunft von Akteuren aus ganz unterschiedlichen kulturellen Kontexten, sozialen Milieus und gesellschaftlichen Schichten birgt ganz spezifische Probleme der Verständigung und der Kommunikation, die u.a. dem

³ Nuschelers Zusammenfassung der Kritik an der „Expertokratie“ der TZ zeichnet ein drastisches Bild einer kulturellen Schiefelage in der EZ: „In den Enklaven der „*Expat-Community*“ entfaltet sich eine Konsumkultur, die auf die Einheimischen provozierend wirkt. Besonders die Aristokratie der Regierungsberater und Koordinatoren zieht sich in Villenviertel zurück, in denen einheimische Domestiken die Küche, den Garten, die Wäsche und den Pool besorgen. Das ist zwar auch eine Art von Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die aber das koloniale Verhältnis von Knecht und Herrn reproduziert. [...] Die fremden Experten gelten als kulturelle Ignoranten, die kaum in der Lage sind, sich in die „Kultur der Armen“ zu versenken und stattdessen dazu neigen, die zu Hause erlernten Problemlösungen und erarbeiteten Operationspläne anzuwenden. Wenn es darum geht, eine aus irgendeinem Industrieland geliehene Maschine zu reparieren, ist ein spezielles Fachwissen gefragt. Aber grade in Projekten, die darauf abzielen sollen, die Selbsthilfekräfte zu stärken, kann das in den Metropolen angeeignete Expertenwissen kaum geeignete Problemlösungen vermitteln.“ (Nuscheler 2004: 468).

Aufeinandertreffen divergierender „Kosmologien“ und „Weltbilder“ (Gill 2003) geschuldet ist, welche gesellschaftliches Denken und Handeln maßgeblich beeinflussen.

In persönlichen Leitfadeninterviews werden gesandte Fachkräfte bzw. Entwicklungsexperten, lokale Fachkräfte, Entwicklungshelfer und die von den jeweiligen Projekten „Betroffenen“ zu ihren Natur- und Kulturverständnissen befragt. Für den Leitfaden wird ein Fragenkomplex zu Wahrnehmungen der Umweltsituation, der Entwicklungsproblematik und zur kulturellen Entwicklung erarbeitet. Ein zweiter Fragenkomplex bezieht sich einerseits auf Erfahrungen und Schlüsselerlebnisse von Interkulturalität, andererseits auf Erfahrungen und Schlüsselerlebnisse in der Thematisierung von oder im Umgang mit Natur und Umwelt. Drittens wird ein Fragenbündel erarbeitet, vermittels dessen die Befragten ihre Visionen über zukünftige globale Umwelt- und Kulturentwicklungen artikulieren.

Die theoretische Konzeptionalisierung und empirische Exploration kulturell divergierender Kultur- und Naturvorstellungen will einen Grundlagen-orientierten Beitrag leisten zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Frage, welche Bedeutung Partizipation und Kooperation zur Verbesserung interkultureller Wissenskommunikation und globalgesellschaftlicher Gestaltungsprozesse zukommen.

Neben diesen Forschungsprojekten ist der Arbeitsbereich zusätzlich in Forschungsberatender Funktion im Teilprojekt Kommunikation des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Sustainable University“, das am Institut für Umweltkommunikation durchgeführt wird, beteiligt. Das Teilprojekt beinhaltet neben universitätsinterner und –externer Kommunikation im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit auch partizipative Elemente, wie z.B. Runde Tische mit Anspruchsgruppen. Dabei unterstützt der Arbeitsbereich das Teilprojekt.

Der zweite Schwerpunkt des Arbeitsprogramms liegt im Bereich Lehre. Im Folgenden geben wir einen Überblick über das Lehrangebot und stellen exemplarisch einzelne Lehrveranstaltungen vor, die vom Arbeitsbereich zum Thema Partizipation und Kooperation im Kontext nachhaltiger Entwicklung angeboten werden.

2.2 Lehre

Das Lehrangebot des Arbeitsbereichs ist fester Bestandteil der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge in den Umweltwissenschaften der Universität Lüneburg. In Pflicht- und Wahlpflichtmodulen werden Veranstaltungen zu folgenden Themenbereichen angeboten:

- Sozialer Wandel und (globale) Umweltveränderungen als Kontextbedingung für Partizipation und Kooperation.
- Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Partizipations- und Kooperationsforschung
- Methoden der Partizipation und Kooperation
- Konfliktregulierung durch Mediation
- naturwissenschaftliche Expertise in der Umweltkommunikation
- Partizipation und Kooperation in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern
- Vermittlung von Partizipations- und Kooperationskompetenz

Zentrale Ziele der Lehre in diesem Studiengebiet liegen in der Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Partizipations- und Kooperationsprozessen im Kontext nachhaltiger Entwicklung sowie der Vermittlung von Methoden und Methodenkompetenz zur Teilnahme an und (Mit-)Gestaltung von Beteiligungsverfahren. Die Lehre ist forschungs- und projektorientiert ausgerichtet, um die Studierenden möglichst frühzeitig an die wissenschaftliche und gesellschaftliche Praxis heranzuführen.

Lehr-Beispiele:

Im Projektseminar „Zukunftsfähiges Lüneburg: Nachhaltige Entwicklung und soziale Integration“ (WS 05/06) haben wir ein bislang in Deutschland wenig beachtetes Thema aufgegriffen: die Beziehungen zwischen sozialer Ungleichheit und der Verteilung von Umweltchancen und –risiken. Während in den USA unter dem Begriff ‚environmental justice‘ vielfältige Aktivitäten in Forschung und Praxis stattgefunden haben, ist in Deutschland erst in jüngerer Zeit dazu gearbeitet worden. Für die nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene stellt in diesem Zusammenhang die Integration sozialer Randgruppen und Minoritäten eine besondere Herausforderung dar. Im Projektseminar „Zukunftsfähiges Lüneburg“ haben wir uns zunächst mit den theoretischen Grundlagen zur sozial-ökologischen Ungleichheit auseinandergesetzt. Anschließend haben die Studierenden ein konkretes Partizipationsprojekt mit der Zielgruppe bildungsferner Jugendlicher entwickelt und durchgeführt.

Im Forschungsseminar „Nachhaltige Entwicklung durch Partizipation? Analyse der internationalen Entwicklungszusammenarbeit“ (SS 06) werden wir uns zunächst mit theoretischen und empirischen Grundlagen zur Partizipation in der

Entwicklungszusammenarbeit auseinandersetzen. Anschließend sollen die Studierenden anhand konkreter Fallbeispiele analysieren, welche Rolle Partizipation in Entwicklungsprojekten – z.B. der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) oder der Weltbank – spielt. Das Seminar gliedert sich in eine theoretische Einführungsphase, einen methodischen Block zu Entwicklung eines Analyse-Leitfadens, der empirischen Gruppenarbeit, sowie der Ergebnispräsentation und Abschlussdiskussion. In diesem Seminar sollen die Studierenden den Zyklus von Theoriearbeit, Methodeneinsatz, empirischer Erhebung und Ergebnisdiskussion kennen lernen und aktiv durchführen.

Über die aktuellen Lehrveranstaltungen hinaus werden für die Lehre in den BA- und Masterstudiengängen die Module des Arbeitsbereichs konzipiert. Im BA-Modul geht es dabei um die Grundlagen nachhaltigkeitsorientierter Partizipations- und Kooperationsforschung sowie um Methoden der Partizipation und Kooperation. Das MA-Modul zielt dann auf Partizipation und Kooperation im interkulturellen Vergleich. Der Fokus ist dabei auf Fallanalysen von nachhaltigkeitsbezogenen Partizipations- und Kooperationsformen in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern gerichtet.

Neben der Durchführung von Lehrveranstaltungen gehört zum Bereich Lehre auch die Vergabe und Betreuung von Diplomarbeiten sowie die Vermittlung und Betreuung von Praktika. Zu folgenden Themengebieten, die sich am Forschungs- und Lehrprogramm des Arbeitsbereichs orientieren, werden fortlaufend Diplom- und Doktorarbeiten angeboten:

- Analyse von Partizipations- und Kooperationsverfahren
- Analyse von Partizipation und Kooperation in unterschiedlichen sozialen Kontexten (Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bildung etc.)
- Analysen zu sozialen Trends und (globalen) Umweltveränderungen als Rahmenbedingung für Partizipation und Kooperation
- Analyse von Partizipation und Kooperation auf unterschiedlichen Ebenen: organisational, lokal, national, international

Da die Medien als Arena öffentlicher Kommunikation in modernen Gesellschaften eine zentrale Rolle spielen und eine wichtige Partizipations- und Kooperationsvoraussetzung für gesellschaftliche Akteure und die Bevölkerung spielen, werden zusätzlich Arbeiten zum Thema Umwelt und nachhaltige Entwicklung in der Mediengesellschaft vergeben

- Analysen zu Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation in TV, Radio, Printmedien und Internet

- Analysen zur Bedeutung von Medienkommunikation für gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten

Inzwischen wurden eine Reihe thematisch einschlägiger Diplomarbeiten begonnen, die vom Arbeitsbereich (mit)betreut werden. Wir gehen davon aus, zukünftig über die einschlägigen Lehrveranstaltungen noch gezielter Diplomanden und Doktoranden für die genannten Themen interessieren zu können.

Um Studierende auf die wissenschaftliche und gesellschaftliche Praxis vorzubereiten, sind Praktika im Bachelor-Studium verpflichtend. Neben der erwünschten Eigeninitiative bei der Suche nach Praktikumsplätzen haben wir mit renommierten Wissenschafts- und Praxiseinrichtungen Praktikums-Kooperationen vereinbart, um Studierende gezielt vermitteln zu können. Im Gegenzug betreuen wir am Arbeitsbereich Praktikanten, die einen Einblick in die sozialwissenschaftliche Partizipations- und Nachhaltigkeitsforschung bekommen wollen.

Mit unserem Angebot im Bereich Lehre wollen wir nicht nur einen Beitrag zur wissenschaftlichen Ausbildung sondern von fachlich und sozial kompetenten Umwelt- und Nachhaltigkeitsexperten leisten.

2.3 Transfer

Ein dritter Schwerpunkt in unserem Arbeitsprogramm ist der (Wissens- und Kompetenz-) Transfer. Der Arbeitsbereich beteiligt sich aktiv über Publikationen und Vorträgen auf Tagungen und Kongressen an wissenschaftlichen Diskursen. Die Team-Mitglieder sind dabei einerseits in disziplinäre scientific communities, wie die nationale und internationale Soziologie, eingebunden, sie sind aber auch in interdisziplinären Zusammenhängen aktiv, wie beispielsweise dem International Human Dimensions Program. Durch dieses Wandeln in unterschiedlichen Welten wollen wir einen Beitrag zum notwendigen Austausch über Disziplingrenzen hinweg leisten.

Über den forschungsorientierten Wissenstransfer hinaus publizieren und kommunizieren die Mitglieder des Arbeitsbereichs ihre Expertise auch an die interessierte nicht-wissenschaftliche (Fach-)Öffentlichkeit und sind involviert in Experten- und Gutachtertätigkeiten, beispielsweise für das deutsche und österreichische Umweltbundesamt, oder als Beirats- und Kommissionsmitglieder in Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

ComCoast: Partizipation und Kooperation im Küstenschutz

Als Folge des globalen Klimawandels ist mit einem Anstieg des Meeresspiegels zu rechnen. Dies wird insbesondere in Ländern mit flachen Niederrückküsten wie den Niederlanden und Deutschland den Küstenschutz vor die Herausforderung stellen, nachhaltige Anpassungsstrategien an den Klimawandel zu entwickeln. Das Europäische Interreg-Projekt ComCoast, Combined Functions in Coastal Defence Zones, dient vor diesem Hintergrund der Weiterentwicklung von Techniken und Konzepten zum Schutz vor Sturmfluten sowie der Regionalentwicklung. Durch innovative bautechnische und planerische Konzepte soll der Küstenschutz mit weiteren gesellschaftlichen und ökologischen Nutzungen kombiniert und in mehrfach nutzbare, multifunktionale Küstenschutzzonen integriert werden. Derartig weit reichende Konzepte lassen sich nur durch eine frühzeitige und umfassende Kommunikation, Partizipation und Kooperation zwischen allen Interessenträgern entwickeln und realisieren. In der Anlage des Projektes wird dem dadurch Rechnung getragen, dass neben den technischen und ökonomischen Schwerpunkten auch besonderes Augenmerk auf Fragen der Partizipation und Kooperation gelegt wird

An diesem Projekt sind unter der Leitung der niederländischen Küstenschutz-Verwaltung Rijkswaterstaat Verwaltungen und wissenschaftliche Einrichtungen aus den Niederlanden, Großbritannien, Belgien, Dänemark und Deutschland beteiligt, es verfügt über ein finanzielles Gesamtvolumen von 5,8 Mio € und eine Laufzeit bis Dezember 2007. Das Gesamtprojekt setzt sich aus den Teilprojekten küsteningenieurtechnische Entwicklung, sozio-ökonomische Bewertung, räumliche Erfassung sowie Partizipation zusammen. Die technischen und konzeptionellen Entwicklung werden in Pilotprojekten konkret umgesetzt und erprobt. Meinfried Striegnitz wurde schwerpunktmäßig für den Bereich Partizipation in das vierköpfige Panel of Experts für das internationale Gesamtprojekt berufen und dient als Berater für das niedersächsische Pilotprojekt.

Bewertungsgremium Mönchehagen: Kommunikation und Kooperation in der Altlastenüberwachung

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen und die Planungen zur Sicherung und Sanierung der ehemaligen Sonderabfalldeponie Mönchehagen waren in den achtziger und neunziger Jahren von zum Teil erheblichen politischen Konflikten geprägt. Auch die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung 1997 über die zu errichtenden Sicherungsbauwerke blieb strittig; Kommunen und Bürgerinitiativen bestanden auf weiter reichenden Maßnahmen. Zur Regulierung dieses Konfliktes verständigten sich das Land Niedersachsen, die Städte Rehburg-Loccum und Petershagen, die Samtgemeinde Niedernwöhren und die

Anwohnergemeinschaft 1999 im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages unter anderem auf die Errichtung eines "Bewertungsgremiums". Aufgabe dieses Gremiums ist es:

- die Entwicklung des Umweltzustandes im Umfeld der Altlast zu bewerten,
- die Leistungsfähigkeit des Monitoring-Systems zu beurteilen und ggf. Empfehlungen zu dessen Weiterentwicklung zu geben,
- die Wirksamkeit der errichteten Sicherungsmaßnahmen zu bewerten und
- Empfehlungen dahingehend abzugeben, ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen zur Sicherung der Altlast zu ergreifen sind.

Auf Grund der erwartungsgemäß sich nur langsam vollziehenden Veränderungen im Umfeld der Altlast geht der Vertrag von einer langfristig bestehenden Überwachungsnotwendigkeit aus. Das Bewertungsgremium hat jährlich an die vertragschließenden Parteien zu berichten und in den Jahren 2005 sowie 2008 jeweils einen umfassenden Statusbericht abzugeben.

Die Arbeit des Bewertungsgremiums ist in der Tradition des heftigen politischen und auch stark fachlich geprägten Konfliktaustrages zu sehen, in dessen Zuge mit dem Mediationsverfahren "Münchehagen-Ausschuss" hier das erste mittlergestützte Verhandlungsverfahren zur Regulierung eines großen, öffentlichen, multipolaren Umweltkonfliktes in Deutschland entwickelt wurde. Das Bewertungsgremium besteht aus je einem fachlich ausgewiesenen Gutachter für die Seite des Landes und für die Seite von Kommunen und Anwohnergemeinschaft, Meinfried Striegnitz wurde von den Vertragsparteien einvernehmlich als Vorsitzender berufen.

Für die Forschungsgruppe "Partizipation, Kooperation und nachhaltige Entwicklung" eröffnet dieses Projekt sowohl eine Forschungs- als auch eine Transfer-Dimension. Die Kontroversen um die Altlast Münchehagen gehörten zu den besonders prominenten und langwierigen umweltpolitischen Konfliktfällen in der Bundesrepublik. Damit öffnen sich vorzügliche Möglichkeiten zum detaillierten Studium der langfristigen Wirkung von Vermittlungsbemühungen und der Rolle wissenschaftlicher, technischer, fachlicher Argumentationen im Kontext umweltpolitischer Kontroversen und Verständigungsprozesse (s.o. Kap. 3a). Umgekehrt bietet die Funktion des Vorsitzenden des Bewertungsgremiums die Möglichkeit, Erfahrungen und Erkenntnisse aus den größeren Arbeitszusammenhängen der Forschungsgruppe für die Vorgehensweise im Bewertungsgremium zu erschließen und für dessen konkrete Arbeit nutzbar zu machen.

Über diese Publikations-, Vortrags- und Expertentätigkeiten hinaus ist der Arbeitsbereich im Herausbergremium und der Redaktion des neu gegründeten e-journals „Communication, Cooperation, Participation – Research and Practice for a sustainable future“ involviert. Dieses Journal zielt auf den internationalen Austausch zum Thema Umwelt- und

Nachhaltigkeitskommunikation, und umfasst neben wissenschaftlichen Beiträgen und Praxisberichten aus dem Bereich Partizipation und Kooperation, Aspekte wie Bildung für eine nachhaltige Entwicklung oder umwelt- und nachhaltigkeitsbezogene Medienkommunikation.

Mit seinen vielfältigen Aktivitäten im Bereich (Wissens-)Transfer möchte der Arbeitsbereich Beiträge sowohl zur Partizipations- und Kooperationsforschung als auch zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Umweltgestaltung und nachhaltige Entwicklung leisten.

3 Ausblick

Der Arbeitsbereich „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ hat sich seit seiner Gründung positiv entwickelt. Dies liegt nicht zuletzt an den sehr konstruktiven und produktiven Arbeitsbedingungen am Institut für Umweltkommunikation. Durch die Einwerbung von Drittmitteln konnten wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt werden, die Forschungsperspektive wurde weiter konkretisiert, es wurde ein Konzept für die Lehre entwickelt, und vielfältige (Wissens-) Transferaktivitäten durchgeführt. Diese erfreuliche Situation in den nächsten Jahren zu konsolidieren und weiter voranzutreiben, versteht der Arbeitsbereich als eine Herausforderung für die kommenden Jahre, der er sich gerne stellt. Vier Punkte sind dabei mittelfristig von besonderer Relevanz:

1. Der Arbeitsbereich strebt eine noch engere Verzahnung mit den beiden anderen Arbeitsbereichen – Umweltkommunikation sowie Umweltinformatik & neue Medien – an, um noch stärkere Synergien zu erzeugen und die übergreifende Perspektive am Institut für Umweltkommunikation weiterzuentwickeln.
2. Der Arbeitsbereich bemüht sich rechtzeitig – das Ende von Projektverträgen antizipierend - um Drittmittel, um für das Team des Arbeitsbereichs eine stabile Perspektive zu ermöglichen. Für die Bearbeitung der übergreifenden Forschungsperspektive ist die kontinuierliche Zusammenarbeit eines Kern-Teams essentiell.
3. Die in der kommenden Zeit zu erwartenden theoretischen Erkenntnisse und empirischen Ergebnisse der einzelnen Forschungsprojekte sollen systematisch auf die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen nachhaltigkeitsorientierter Partizipation und Kooperation bezogen werden. Das Lehr-Konzept für den Bachelor- und Masterstudiengang ist inhaltlich auszuarbeiten.

4. Die Internationalisierung in Forschung, Lehre und Transfer soll ausgebaut werden. Erste Schritte dazu sind gemacht: So wird Katina Kuhn im Rahmen ihres Dissertationsprojekts einen dreimonatigen Auslandsaufenthalt bei einem Kooperationspartner in Chile verbringen, Meinfried Striegnitz ist in das EU-Projekt Comcoast involviert, und Harald Heinrichs wird im Rahmen der EU-Dozenten Mobilität an der Universität Riga in Lettland unterrichten. Darüber hinaus werden wir uns verstärkt an internationalen Tagungen und Konferenzen beteiligen und in internationalen (Fach-)Zeitschriften publizieren.

Im vorliegenden Arbeitsprogramm haben wir den Weg skizziert, auf dem wir bereits ein Stück gegangen sind, und haben aufgezeigt, in welche Richtung wir ihn weiter verfolgen wollen. Unter den gegebenen Randbedingungen sind wir optimistisch auch die nächsten Etappenziele zu erreichen.

Literatur

Abels, G./ Bora, A. (2004): Demokratische Technikbewertung. Bielefeld.

Andriof, J./ Waddock, S. (2002): Unfolding Stakeholder Engagement. Sheffield.

Bechmann, G. (1996): Risiko und gesellschaftlicher Umgang mit Unsicherheit. Probleme und Perspektiven. Risikoanalysen. Über den Umgang mit Gesundheits- und Umweltgefahren. Heidelberg.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.

Bingham, G. 986): Resolving Environmental Disputes. A Decade of Experience. Washington D.C.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.; 1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juli 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn.

Bohmann, J. (1996): Public Deliberation. Pluralism, Complexity and Democracy. Cambridge, London.

Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt (2004): Umweltpolitik. Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Berlin.

de Haan, G./ Kuckartz, U. (1996): Umweltbewußtsein - Denken und Handeln in Umweltkrisen. Opladen.

de Haan, G./ Kuckartz, U. (1998): Umweltbildung und Umweltbewusstsein. Forschungsperspektiven im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Opladen.

- Diekmann, A./ Preisendörfer, P. (1992): Persönliches Umweltverhalten. Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. **Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie** (44), 226-251. Köln.
- Douglas, M./ Wildavsky, A. (1982): Risk and culture: An essay on the Selection of technical and environmental dangers. Berkeley.
- European Commission (2005): The attitudes of European citizens towards environment, Special Eurobarometer 217: Wave 62.1.
- Fietkau, H.J./ Weidner, H. (1998): Umweltverhandeln. Konzepte, Praxis und Analysen alternativer Konfliktregulierungsverfahren - ein erweiterter Projektbericht. Berlin.
- Fuhrer, U. (1995): Sozialpsychologisch fundierter Theorierahmen für eine Umweltbewusstseinsforschung. *Psychologische Rundschau* 46 (2): 93-103. Göttingen.
- Geis, A. (2005): Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens. Wiesbaden.
- Gerhards, J. (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Sonderheft der KZfSS. Opladen.
- Glynn, S./ Flanagan, K./ Keenan, M. (2001): Science and Governance: describing and typifying the scientific advice structure in the policy-making process – a multi-national study. Report EUR 19830 EN. Seville.
- Halliwell, J.E./ Smith, W./ Walmsley/ M. (1999): Scientific Advice in Government Decision-Making. The Canadian Experience. A Report in Support of the Work of the Council of Science and Technology Advisors. Ontario.
- Harmgarth, F. (1997): Wirtschaft und Soziales in der politischen Kommunikation. Eine Studie zur Interaktion von Abgeordneten und Journalisten. Opladen.
- Heinrichs, H. (2002): Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme. Wiesbaden.
- Herzog, D. (1990): Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen.
- Jarren, O./ Donges, P. (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. 2 Bände. Opladen.
- Karger, C.R. (1996): Wahrnehmung und Bewertung von „Umweltrisiken“. Was können wir aus der Forschung zu Naturkatastrophen lernen? Arbeiten zur Risiko-Kommunikation (57). Jülich.

- Knaus, A./ Renn, O. (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg.
- Kohring, M. (1997): Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf. Wiesbaden.
- Kuckartz, U. (2002): Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- Luhmann, N. (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen.
- Luhmann, N. (Hrsg.; 1990): Risiko und Gefahr. In: Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen, 131-169.
- Nowotny, H. (1979): Kernenergie: Gefahr oder Notwendigkeit: Anatomie eines Konflikts. Frankfurt am Main.
- Pfetsch, B. (2000): Strukturbedingungen der Inszenierung von Politik in den Medien: die Perspektive von politischen Sprechern und Journalisten. In: Niedermayer, O./ Westle, B. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden, 211-232.
- Puhe, H./ Würzburg, H.G. (1989): Lust und Frust. Das Informationsverhalten des deutschen Abgeordneten. Eine Untersuchung. Köln.
- Renn, O. (1995): Styles of Using Scientific Expertise: A Comparative Framework. In: Science and Public Policy 223 (3), 147-156, Guildford.
- Rivers, W. L. (1991): The Media as Shadow Government. In: Protes, D.L./ McCombs, M. (Hrsg.): Agenda Setting. Readings on Media, Public Opinion, and Policymaking. Hillsdale, 153-160.
- Rucht, D. (1997): Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft. In: Klein, A./ Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn, 382-403.
- Scherer, H. (2002): Wer reden will, muss hören: Die kommunikative Rolle politischer Akteure in der vernetzten Gesellschaft. In: Schatz, H./ Rössler, P./ Nieland, J.U. (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien? Wiesbaden, 129-145.
- Steffen, W.L./ Sanderson, A./ Tyson, P.D./ Jäger, J./ Matson, P.A./ Moore III, B./ Oldenfield, F./ Richardson, K./ Schellnhuber, K./ Turner II, B.L./ Wasson, R.J. (2004): Global Change and the Earth System: a Planet under Pressure. New York.

UNFCCC (2005): Key GHG Data. Greenhouse Gas Emissions Data for 1990 – 2003 submitted to the United Nations Framework Convention on Climate Change. Bonn.

Weingart, P./ Engels, A./ Pansegrau, P. et al. (2002): Von der Hypothese zur Katastrophe: Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. Opladen, Leske und Budrich.

Wilkesmann, U. (2000): Die Anforderungen an die interne Unternehmenskommunikation in neuen Organisationskonzepten. Publizistik (45), 476-495.

Zilleßen, H. (Hrsg.; 1998): Mediation, Kooperatives Konfliktmanagement in der Umweltpolitik. Opladen.